

# Sächsische Abzeitung.

## Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Die „Sächs. Abzeitung“ erscheint Mittwoch und Sonnabend und ist durch die Expedition dieses Blattes für 1 Mark 25 Pf. vierteljährlich zu beziehen. — Inserate für das Mittwochblatt werden bis Dienstag früh 9 Uhr, für das Sonnabendblatt spätestens bis Freitag früh 9 Uhr erbeten. — Preis für die gespaltene Corpusspalte oder deren Raum 10 Pf., Inserate unter fünf Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet, (tabellarische oder complicirte nach Uebereinkunft.) — Inserate für die Abzeitung nehmen an in Dresden und Leipzig die Annoncen-Bureau von Hansenstein & Vogler, Invalidenbank und Rud. Mosse, in Frankfurt a. M. G. L. Daube & Co.

No 75.

Schandau, Mittwoch, den 19. September

1894.

### Amtlicher Theil.

In dem Handelsregister für den Bezirk des Königl. Amtsgerichts Schandau ist heute auf Fol. 124 das Erlöschen der Firma „Dov. Sturm“ in Schandau eingetragenen auf Fol. 127 die Firma „Otto Thomas“ in Schandau und als deren Inhaber Herr Otto Wilhelm Thomas ebenda eingetragen worden.

Schandau, den 17. September 1894.

Königliches Amtsgericht.

Zhle.

Alt. Passad.

### Wäsche-Versteigerung.

Die in hiesiger Kuranstalt überzählige Badewäsche, bestehend in einer

Anzahl guter wollener Decken, 3/4 m lang, 2 1/10 m breit, einem Posten Baddecken, Frotteihandtüchern, leinenen Handtüchern u. s. w. soll

Montag, den 24. dieses Monats

Vormittag von 9 Uhr an

im Speisesaale des Kurhauses gegen Baarzahlung versteigert werden. Die Wäsche ist gut sortirt; die defecten Stücke werden besonders angeboten.

Schandau, den 17. September 1894.

Die Stadt. Badeverwaltung.  
Seinr. Bihaler, Vorf.

### Nichtamtlicher Theil.

#### Die Polenfrage in Deutschland.

Die Fälle brutaler Uebergriffe und frecher Herausforderungen seitens der Polen in den Ostmarken des Reiches gegenüber ihren deutschen Mitbürgern mehren sich seit einiger Zeit in einer Weise, daß man sich in allen deutschführenden Kreisen unseres Vaterlandes ernstlich die Frage vorlegt, wie lange wohl noch eine solche provocatorische Haltung des Polenthums geduldet werden solle. Derartige Erwägungen erscheinen um so zeitgemäßer, als das polnische Element in den gemischt-sprachigen Bezirken des deutschen Ostens eine stetig fortschreitende Kräftigung nach verschiedenen Richtungen hin aufweist und als die nationalen Bewegungen der preussischen Polen durch eine zielbewusste, höchst energisch und rücksichtslos betriebene Agitation immer neue Nahrung erhalten. Dieser Agitation gegenüber befindet sich aber das Deutschthum in Posen, Ost- und Westpreußen, neuerdings sogar auch in Schlesien, vielfach in einem Zustande der Schwäche, Herzlosigkeit und Lauheit des Willens und Handelns, welcher den polnischen Bestrebungen geradezu direct Vorstoß leistet. Da ist es denn nicht weiter verwunderlich, wenn das preussische Polenthum in den gemischt-sprachigen Landestheilen immer deutlichere Fortschritte auf Kosten des Deutschthums erkennen läßt, die u. A. in neuester Zeit in der eingetretenen Verschlebung der Sprachverhältnisse speciell in Posen und Westpreußen nachweisbar sind. Denn nach Untersuchungen, welche Professor R. Böck auf dem genannten Gebiete angestellt hat, beträgt die festgestellte Abnahme des Antheils der Deutschen an der Bevölkerung im Bezirke Marienwerder nahezu 2 Prozent, im Bezirk Bromberg schon über 4, Prozent und im Bezirke Posen sogar 7, Prozent.

Das sind Biffen, welche eine berechtigte Sprache sprechen, sie lassen erkennen, wie dem Deutschthum im Osten des Reiches vielleicht schon in naher Zukunft eine schließlich für das ganze Reich bedenkliche Ueberwucherung durch das Polenthum bevorsteht, falls nicht bei Zeiten geeignete Maßnahmen zur Zurückstimmung der polnischen Hochfluth getroffen werden. Fürst Bismarck mit seinem scharfen Blick hatte die drohende Polengefahr bereits bei Zeiten erkannt, wie sein leihweise veröffentlichter Brief vom 7. Februar 1872 in Sachen der Polenfrage an den damaligen preussischen Minister des Innern, Grafen Friedrich zu Eulenburg, schon hinlänglich bezeugt. Später folgte ja auch das Ansiedelungsgesetz, welches bezweckte, durch den Ankauf polnischer Großgrundbesitze und dessen Besetzung mit deutschen Bauern der Ausbreitung des Polenthums in den östlichen Provinzen einen Damm entgegenzusetzen. Indessen haben sich die deutschseits an diese Maßregel geknüpften Hoffnungen doch nur in bescheidenem Grade erfüllt und vermochte dieselbe um so weniger ihre Kraft zu äußern, als ja das Polenthum unter dem „neuen Curs“ so manche Bergünstigungen zugestanden erhalten hat, und von den leitenden Kreisen überdies noch mit ausgesprochenem Wohlwollen und mit Auszeichnung behandelt worden ist. Was Wunder, daß da die polnische Begehrlichkeit und der polnische Fanatismus sich erneut mächtig regen und daß polnische Hochfluth die Verhöhnung des deutschen Volksthum, so weit getrieben wird, um gegenüber dem am Sonntag stattgefundenen Besuch der Deutschen aus Posen beim Reichskanzler in Berlin zu einer polnischen Gegen-demonstration in Gestalt einer „Kosciuszko-Feier“ aufzufordern!

Ob unter den obwaltenden Verhältnissen ein baldiges und kräftiges Eingreifen der preussischen Regierung zum Schutze der deutschen Nationalität in den Ostprovinzen zu erwarten ist, das möchte allerdings in Hinblick auf die Mode gewordene Verhättselung der Polenpartei in den maßgebenden Kreisen fast zu bezweifeln sein. Früher oder später wird aber doch mit Mitteln zur Zurückdämmung der polnischen Hochfluth vorgegangen werden müssen und sind da jedenfalls die Vorschläge, welche der am Sonntag in Berlin abgehaltene erste Verbandstag des neuen Allgemeinen deutschen Verbandes in Betreff der Bekämpfung der Polengefahr beraten und angenommen hat, im Allge-

meinen recht bemerkenswerth. Sie deuten mindestens die Wege an, auf denen das erstrebte Ziel zu erreichen ist, ohne daß man zu förmlichen „Ausnahmesehen“ gegen die Polen zu greifen und sie als Reichsbürger „zweiter Klasse“ zu behandeln braucht.

#### Politisches.

Der Kaiser hat in je einem besonderen Erlaß den Bewohnern der Provinzen Ost- und Westpreußen seinen Dank für die ihm und der Kaiserin bereitere Aufnahme ausgesprochen. — Anlässlich der Kaisermanöver des 1. und 17. Armee-corps sind bei beiden Armee-corps zahlreiche Beförderungen und Auszeichnungen erfolgt.

Der Prinz-Regent Albrecht von Braunschweig ist von der Erkältungskrankheit, die er sich bei seinem Manöverbesuche in Ostpreußen zugezogen hatte, bedauerlicher Weise noch nicht völlig wiederhergestellt. Der hohe Herr wird deshalb in seinem Palais in Berlin, wo er am Freitag früh aus Königsberg eintraf, noch einige Tage weilen.

Der Besuch, welchen am letzten Sonntag 1400 deutsche Männer aus der Provinz Posen dem Fürsten Bismarck in seinem hinterpommer'schen Tusculum Barzin abgestattet haben, bildet das jüngste Glied in jener imposanten Reihe erhebender Huldigungen, die dem Reichskanzler seit seinem Rücktritte aus weiten Kreisen des deutschen Volkes dargebracht worden sind. Wie alle vorangegangenen Massen-Ovationen für den greisen Schloßherrn von Friedrichruh und Barzin, so stellt auch die Huldigungsfahrt der posener Deutschen ein neues Zeugniß der unauflöshlichen Liebe, Verehrung und Dankbarkeit dar, welche die ungeschwächte Mehrzahl unseres Volkes dem eigentlichen Schöpfer des deutschen Reiches nach wie vor entgegenbringt. Lediglich unter diesem Gesichtspunkte waren alle früheren Massen-Huldigungen für den Reichskanzler zu betrachten und ganz in dem nämlichen Sinne muß auch das Erscheinen der Vertreter des Deutschthums in der Provinz Posen beim früheren Kanzler aufgefaßt werden. Darum bedeutet auch der Vorgang keine politische Demonstration; mit der Politik an sich haben ebensowenig die früheren Volks-Ovationen für den Reichskanzler etwas zu schaffen gehabt; die hier und da zu hörende Auslegung, als ob der Besuch der posener Deutschen in Barzin irgend eine bestimmte politische Spitze aufweise, bedarf deshalb wohl keiner besonderen Widerlegung. In den Herzen aller patriotischen Deutschen aber hat die Kundgebung der wackeren Stammes- und Volksgenossen aus Posen ein freudiges Echo geweckt, und glücklicher Weise ist diese allgemeine Freude durch die mancherlei peinlichen Erörterungen, welche sich an die Fahrt der posener Deutschen zum Fürsten Bismarck knüpften, nur vorübergehend getrübt worden.

Die Nachricht vom Rücktritte des deutschen Gesandten in Stockholm, Grafen Wedel, hatte vielfach Befremden erregt, weil kein sichtlich Grund für die Demission dieses befähigten Diplomaten vorlag. Jetzt meldet nun ein angesehenes norwegisches Blatt, daß sich Graf Wedel mit einer hochstehenden schwedischen Dame zu verheirathen gedente, und diese Mittheilung würde allerdings die Ursache der überraschenden Demission des genannten Herrn erkennen lassen, denn es ist Regel, daß sich ein Diplomat nicht durch Heirath an ein fremdes Land bindet, was also durch die angekündigte Vermählung des Grafen Wedel mit einer Schwedin geschehen würde. Wie erinnertlich, nahm aus gleichem Anlaß seinerzeit auch der frühere verdiente deutsche Gesandte in Peking, Herr v. Brandt, seinen Abschied; bekanntlich ist Herr v. Brandt mit einer Amerikanerin verheirathet.

Auf dem am 23. September in Eisenach stattfindenden Parteitag der freisinnigen Volkspartei dürfte es jedenfalls sehr lebhaft zugehen. Nicht weniger als 78 Abänderungsanträge zum Entwurf des neuen Parteiprogrammes sind bis jetzt beim Centralbureau genannter Partei angemeldet worden, es wird Herrn Eugen Richter und seinem speciellen Anhang sicherlich nicht leicht werden, den Programm-Entwurf in seiner ursprünglichen Gestalt gegenüber diesen

massenhaften Abänderungsanträgen erfolgreich zu vertheidigen.

Die Eingabe mehrerer Handelskammern, betr. die gesetzliche Regelung des Apothekenwesens, an das preussische Cultusministerium ist abschlägig beschieden worden. Wie es heißt, ist den Absehern der Eingabe der Bescheid zugegangen, es müsse der Cultusminister eine nähere Prüfung der Sache ablehnen.

Der lange Streit zwischen der socialdemokratischen Partei in Berlin einerseits, den vereinigten Brauereien, Wirthen und Saal-Inhabern andererseits, scheint sich seinem Ende zuzuneigen. Wenigstens sollen die eingeleiteten „Friedensunterhandlungen“ zwischen den beiden Parteien erfolgversprechend sein.

Seit vorigen Freitag sind die österreichisch-ungarischen Parlamentsausschüsse wiederum verammelt, und zwar in Pest. Die neue Sitzungsperiode der Delegationen verspricht sich besonders interessant und bewegt zu gestalten, namentlich deshalb, weil in der ungarischen Delegation scharfe Angriffe auf den Minister des Auswärtigen, Grafen Kalnoky, wegen dessen angeblicher Haltung in der Civihefrage bevorstehen sollen. Graf Kalnoky wurde seinerzeit in den liberalen Kreisen Ungarns beschuldigt, mit den Wiener Hochwürdigkeiten, welche als Mitglieder des ungarischen Oberhauses gegen die Civihe-Borlage stimmten, heimlich gemeinsame Sache gemacht und seinen Einfluß zu Ungunsten der Borlage geltend gemacht zu haben, jetzt wollen nun die heißblütigen Magyaren dem Minister deshalb auf den Leib rücken. Auch die hohe Politik wird wohl in den Verhandlungen der Delegationen wieder ihre Rolle spielen, da man sich ja in denselben von jeher sehr offen über die jeweilig schwebenden Fragen der europäischen Politik geäußert hat. Ein Vorspiel hierzu bildete augenscheinlich die Rede des Präsidenten der ungarischen Delegation, Grafen Ludwig Tisza, in der Eröffnungssitzung der letzteren, indem Graf Tisza auf den Dreilund hinvies, der die Aufrechterhaltung des Friedens verbürge. Der Präsident der österreichischen Delegation, Freiherr von Chlumedy, seinerseits berührte in seiner Eröffnungsansprache die Abrüstungsfrage und erklärte sich vom Standpunkte der Großmachtsstellung Oesterreich-Ungarns aus dagegen, daß letzteres mit einer Abrüstung den Anfang mache. Daran ist allerdings um so weniger zu denken, als an die Delegationen jetzt erhöhte Forderungen für erhöhte Heeresbedürfnisse gestellt werden.

Den immer frecher sich gestaltenden Haidudenthum, wie man das Räuberwesen in Serbien nennt, will jetzt die serbische Regierung energisch zu Leibe gehen. Ein in Belgrad abgehaltener Ministerrath beschloß eine Vermehrung der Gensdarmen um 650 Mann, darunter 150 besrittene Gensdarmen, um das Banditenthum auszurotten. Es würde hiermit das serbische Gensdarmereicorps auf die für serbische Verhältnisse stattliche Kopfzahl von 1900 Mann gebracht werden.

Für die intimen persönlichen Beziehungen des deutschen Kaiserpaars zu den italienischen Majestäten zeugt erneut der Umstand, daß Kaiser Wilhelm der Königin Margherita eine von ihm gedichtete musikalische Composition gewidmet hat. Die Königin dankte dem Kaiser in einem Handschreiben für diese Aufmerksamkeit, in welchem sie, wie verlautet, den Kaiser um die Erlaubniß zur Drucklegung und Veröffentlichung der Composition wegen deren hervorragender Schönheit bittet.

#### Locales und Sächsisches.

Schandau. Die am 15. September erschienene 26. Nummer der Kurliste von Bad Schandau weist 1551 Parteien mit 3209 Personen und 20861 Passanten nach.

— Vom 1. Januar bis zum 15. September d. J. sind insgesamt 7533 beladene Fahrzeuge beim Kgl. Hauptzollamt zur Abfertigung gelangt.

— Die hiesige Kunst- und Gewerbeausstellung ist am Sonntag geschlossen worden. Die Ziehung der Ausstellungs-Lotterie dürfte im December erfolgen.